

# Niederschrift

## BaMo/004/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und  
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine  
am 10.06.2021

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Großen Saal der Stadthalle Rheine.

### Anwesend als

#### Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

#### Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Mahmoud Tahmaz

Integrationsrat

**Vertreter:**

Herr Christian Heeke CDU

Vertretung für Frau Helena Willers

Herr Franz-Josef Hesping

Vertretung für Herrn Werner Bela

Herr Manoharan Murali SPD

Vertretung für Frau Anna-Lena Storm

**Gäste:**

Herr Hofschröer

Projektbau GmbH & Co. KG  
Hofschröer

Herr Achterkamp

Architekturbüro Achterkamp + Möller

**Verwaltung:**

Frau Milena Schauer

Beigeordnete

Frau Elke Jaske

Fachbereichsleiterin Planen und Bauen

Herr Dr. Jochen Vennekötter

Betriebsleiter TBR

Herr Thomas Roling

Produktverantwortlicher  
Mobilitäts- und Verkehrsplanung

Herr Matthias van Wüllen

Produktverantwortlicher  
Stadtplanung

Herr Rüdiger Elbers

Mitarbeiter Ordnungsbehörde

Frau Andrea Mischok

Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Frau Renate Essmann CDU

Sachkundige Bürgerin

Frau Anna-Lena Storm SPD

Sachkundige Bürgerin

Frau Helena Willers CDU

Ratsmitglied

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Werner Bela

Sachkundiger Einwohner f.  
Seniorenbeirat

Herr Claus Meier

Sachkundiger Einwohner f.  
Beirat für Menschen mit  
Behinderung

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung am 06.05.2021**

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

**2. Informationen der Verwaltung**

**2.01 Stadtradeln**

Frau Schauer informiert zum **Stadtradeln**. Sie teilt mit, dass im Rahmen des Stadtradelns ca. 593.000 km von fast 2.800 Akteuren gefahren worden seien. Sie dankt für die gute Vorarbeit der Kolleginnen und Kollegen und dem ehrenamtlichen Fahrradbeauftragten Herrn Nagelschmidt, die alle zum guten Gelingen beigetragen haben. Sie weist darauf hin, dass man mit den gefahrenen Kilometern einen guten Maßstab gesetzt habe und auch Herr Wolters davon ausgehe, dass man in der städtischen Größenkategorie wieder weit vorne sein werde. Insofern dankt Frau Schauer allen Teilnehmern, wobei die Teilnahme aus dem Bereich der Ratsmitglieder mit 16 von 49 Personen noch ausbaufähig sei.

**2.02 Landeswettbewerbe „Mobil.NRW – Mobilität in lebenswerten Städten“  
„Zukunft Stadtraum“**

Frau Schauer erklärt, dass man im Bau- und Mobilitätsausschuss schon darauf hingewiesen habe, dass man am **Landeswettbewerb „Mobil.NRW“** mit dem Mobilitätskonzept für den Bereich „Damloup Kaserne“ teilnehmen werde. Sie könne jetzt berichten, dass man hiermit in die 2. Qualifizierungsstufe gekommen und jetzt mit 10 weiteren Projekten anderer Gemeinden im Verfahren sei. Das Besondere hieran sei, dass es um ein erhebliches Investitionsvolumen von 100 Mio. Euro, verteilt auf mehrere Maßnahmen, die sich bei der 2. Qualifizierung durchsetzen, gehe. Frau Schauer sehe für dieses Konzept eine gute Chance für das Weiterkommen.

## Information

### Landeswettbewerbe „Mobil.NRW – Mobilität in lebenswerten Städten“ „Zukunft Stadtraum“

Im Bau- und Mobilitätsausschuss ist am 25.03.2021 darüber berichtet worden, dass sich die Stadt Rheine an den zwei Wettbewerben, die vom Ministerium für Verkehr und vom Ministerium für Heimat, Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen ausgelobt worden sind, beteiligen wird.

Ziel dieses Wettbewerbes ist es Projekte zu fördern, welche u. a. die städtischen Mobilitätssysteme in zentralen Innenstadtbereichen, Nebenzentren und Wohnquartieren stärken und in denen mutige und innovative Neubaukonzepte in Quartieren entwickelt werden, die zur Verbesserung des urbanen Mobilitätssystems beitragen, um Voraussetzungen für eine Reduktion des spezifischen Flächenbedarfs des motorisierten Individualverkehrs zu schaffen. Als Projektskizzen hat die Verwaltung die bisherigen Ideen und Konzepte der Dammloup-Kaserne eingereicht, da hier gute Möglichkeiten gesehen werden, dass die Voraussetzungen für einen Förderzugang gegeben sind.

Die Projektidee hat nun die erste Stufe des Wettbewerbsverfahrens erfolgreich absolviert und ist in Stufe 2 zur Weiterqualifizierung gelangt.

Denn in dem 2-stufigen Verfahren fand Ende Mai die erste Jurysitzung statt, nach der die Stadt Rheine nun im Spätsommer an einem Workshop teilnehmen wird, um dann die 2. Stufe zu durchlaufen:

- Stufe 1: 16.04.2021 / 13.04.2021. Einreichen der Projektskizzen  
27./28.05.2021: Erste Jurysitzung  
Spätsommer: Workshop
- Stufe 2: Einreichung finaler Projektskizzen  
09./10.02.2022: zweite Jurysitzung  
bis 31.03.2022: Einreichung der Förderanträge  
April/Mai 2022: Bewilligung

Für die Ausarbeitung der weiteren Arbeitsschritte für die Weiterqualifizierung der eingereichten Projektideen können nun für die Beauftragung eines Dienstleisters Fördergelder von maximal 25.000 Euro (80%-Förderung) beantragt werden.

Im Auftrag  
Röling

## 2.03 Neubau Elsa-Brändström-Schule – Entscheidung VgV-Verfahren

Frau Schauer trägt nachfolgende Information vor. Sie erklärt, dass man nach den Sommerferien im Ausschuss wieder berichten werde, da man mit dem Verfahren vorankommen müsse.

Herr Schomaker erklärt, dass er davon ausgehe, dass es noch eine Beschlussvorlage zum beauftragten Büro geben werde. Er bittet darin aufzunehmen, wie sich der Unterschied der eigentlich gleich beurteilten Erstplatzierten darstelle und sich dann doch so unterscheiden, dass es dann das Köln/Düsseldorfer-Büro geworden sei oder werden solle. Den Mitgliedern der UWG sei hier die Kostenschätzung für Bau- und Unterhaltungskosten wichtig.

Frau Schauer weist darauf hin, dass es sich hier um ein VgV-Verfahren handle, bei dem die Be-punktung ein Teil des Wettbewerbs im Vergabeverfahren sei. Diese Entscheidung sei verwal-tungsintern zu treffen und es bedürfe keiner politischen Entscheidung hierzu. Somit werde auch kein Beschluss hierzu durch den Ausschuss benötigt. Der Ausschuss sei aber für die Beschluss-fassung zur Entwurfsplanung zuständig. Das Bewertungsverfahren könne dann auf Wunsch im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung erläutert werden.

*(Die Vergabematrix/das Bewertungsverfahren im nicht öffentlichen Teil der Niederschrift unter TOP 16.1 angefügt.)*

## Information

### Neubau Elsa-Brändström-Realschule - Entscheidung Wettbewerb

Zur Errichtung eines Neubaus für die Elsa-Brändström-Realschule einschl. einer Dreifachsport-halle wurde ein VgV-Verhandlungsverfahren zur Vergabe der Architektenleistungen nach RPW-Planungswettbewerb durchgeführt. Das Verfahren wurde durch den Verfahrensbetreuer Stefan Schopmeyer begleitet.

Zu den 6 durch die Stadt Rheine gesetzten Architekturbüros wurden nach EU-weiter Ausschrei-bung 12 Büros zugelost. Ende Oktober 2020 reichten 16 Büros ihre Entwürfe ein.

Am 24. Februar 2021 fand die Jurysitzung in der Stadthalle mit den Fach- und Sachpreisrichtern und virtuell zugeschalteten Sachkundigen Beratern statt.

Es wurden in der Jurysitzung zwei 1. Preise festgelegt:

- JSWD Architekten aus Köln  
mit dem Landschaftsplaner LAND aus Düsseldorf
- farwick + grote Architekten aus Ahaus  
mit dem Landschaftsarchitekten Club L94 aus Köln

Ein 3. Preis wurde vergeben an das Architekturbüro agn Niederberghaus aus Ibbenbüren.

**In einer vor der Durchführung des Wettbewerbs aufgestellten Matrix wurden die einzelnen Krite-rien der Bewertung mit der entsprechenden Gewichtung festgelegt.**

Vom Büro g + w ingenieurplanung aus Münster wurde nach dem Wettbewerb die Kostenein-schätzung der Teilnehmerbeiträge in den Kostengruppen 300 und 400 vorgenommen.

Dadurch waren die Kriterien „WBW-Ergebnis“ und „Wirtschaftlichkeit“ als Teilergebnis der Matrix ermittelt.

Zum 19.Mai.2021 wurden die Verfasser der preisgekrönten Entwurfsbeiträge zur Vergabever-handlung gemäß VgV eingeladen. Das Büro agn sagte seine Teilnahme im Vorfeld ab. In diesen Einzelverhandlungen wurden die beiden verbliebenen Preisträger-Büros zu den Krite-rien „Leistungszeitpunkt + Ausführungszeitraum“ und „Kundendienst + technische Hilfe“ einer intensiven Befragung unterzogen.

Die Büropräsentationen zum grundlegenden Terminmanagement und zu den Eckdaten der Leis-tungen wurden von beiden Büros überzeugend vorgetragen. Weiter wurden die Kostenkontroll-

verfahren sowie die standardisierten Vorgehensweisen zur Qualitätssicherung erläutert. Von den Büros wurden verschiedene Referenzprojekte in vergleichbarer Größe präsentiert. Auch in diesen Kategorien konnten beide Büros mit nur leichten Unterschieden voll überzeugen.

JSWD/LAND wiesen darauf hin, dass im Auftragsfall eine Projektpartnerschaft für die Leistungsphasen 6 – 9 mit einem ortsansässigen Büro angestrebt werde.

Als letztes Kriterium wurde das Honorarangebot gewertet. Beide Büros bieten das Honorar nach Honorarzone IV, Mindestsatz an.

Das rechnerische Gesamtergebnis der Verhandlung nach der Auswertung aller Kriterien und deren Wichtung gemäß der Matrix stellt sich wie folgt dar:

farwick + grote / Club L94	480,00 Punkte
<b>JSWD / LAND</b>	<b>494,10 Punkte</b>
agn Niederberghaus	179,30 Punkte

**Die Bietergemeinschaft JSWD Architekten GmbH & Co. KG, Köln und LAND Germany GmbH, Düsseldorf soll auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse den Auftrag zur Erbringung der Architekten- und Landschaftsarchitektenleistungen erhalten.**

aufgestellt:  
Im Auftrag

Kurzinsky  
PV Hochbau

## **2.04 Linksabbiegerspur Osnabrücker Straße**

Herr Roling stellt nachfolgende Information vor.

### **Information Linksabbiegerspur Osnabrücker Straße**

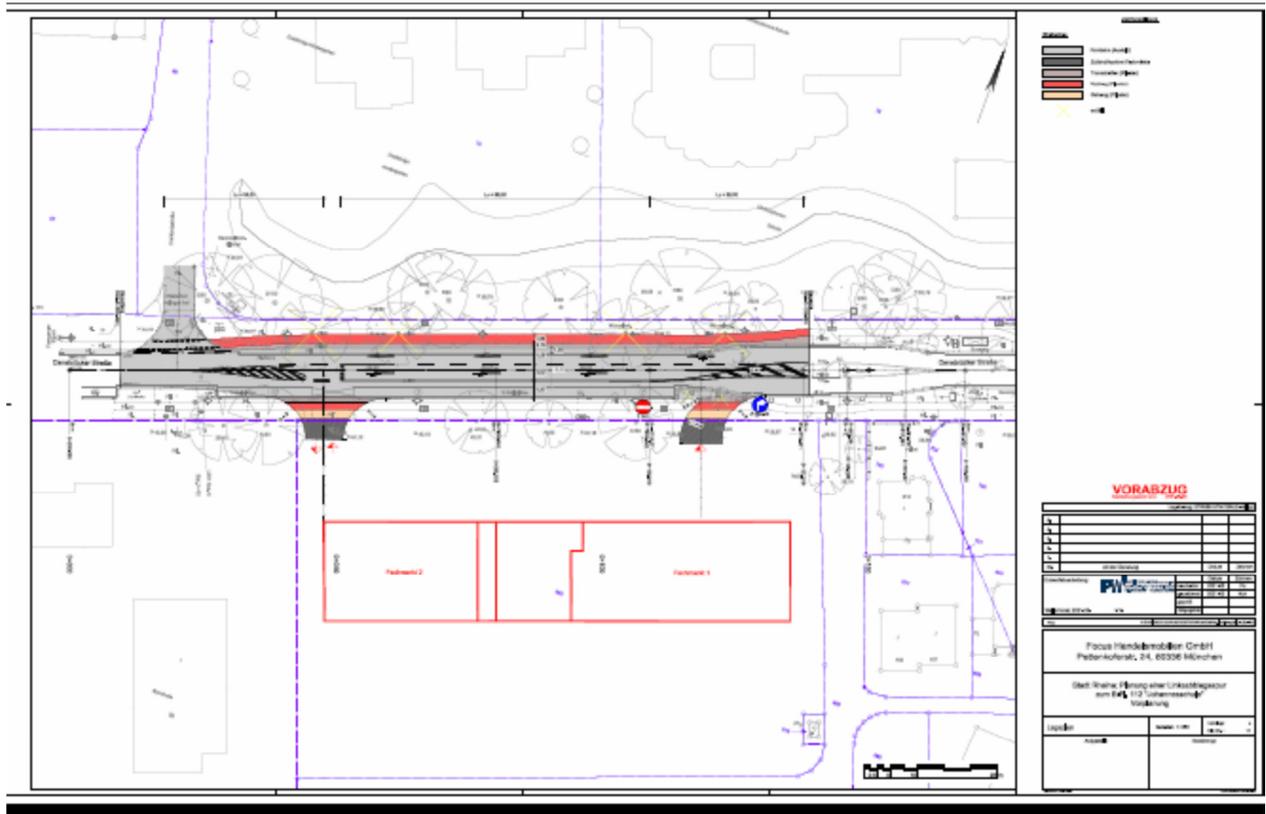
Im Zuge der Entwicklung einer Freifläche an der Osnabrücker Straße (L 501), östlich der Johannesschule, wird nach einer erstellten Verkehrsuntersuchung der Bau einer Linksabbiegerspur erforderlich.

Die hierdurch notwendige Aufweitung der Fahrbahn erfordert neben dem Entfall von 13 Längsparkständen auch einen Umbau der nord-westlich gelegenen Nebenanlagen, sodass hier 4 Bäume entfernt werden müssen, die entsprechend der Baumschutzsatzung 1:1 ersetzt werden. Die erforderliche Straßenverkehrsfläche wird Bestandteil des zugehörigen Bebauungsplanes Nr. 112, Kennwort: „Johannesschule“, dessen Offenlage zur 14. Änderung voraussichtlich in der Sitzung des StuK am 16.06.2021 beraten werden wird.

Sollte der Änderung des Bebauungsplanes zugestimmt werden, würden die nächsten Schritte eingeleitet werden.

So wird es neben einer Vereinbarung mit dem Straßenbaulastträger Straßen.NRW auch einen Erschließungsvertrag mit dem Investor geben, in dem u. a. geregelt werden wird, dass die Umbaukosten zu Lasten des Investors gehen werden.

Im Auftrag  
Roling



## 2.05 Bernburgplatz

Herr van Wüllen erklärt, dass man den Bernburgplatz nicht über die Städtebauförderung gefördert bekommen werde, man aber ein anderes Förderprogramm hierfür gefunden habe. Dort stehe man jetzt auf der Liste der förderfähigen Maßnahmen, die 1,5 Mio. Euro seien somit festgeschrieben. Jetzt müsse noch ein qualifizierter Antrag mit Entwurfsplanung und Kostenberechnung gestellt werden, damit man dann auch die 1,5 Mio. Euro sicher habe. Wichtig sei die Nachricht, dass die 1,5 Mio. Euro für die Stadt Rheine festgelegt seien. Er weist darauf hin, dass am 22.06.2021 die Bürgerbeteiligung mit einem digitalen Workshop starte und hofft noch einmal auf eine rege Beteiligung.

6.	TOP 14 ÖS	Herr Christian Jansen BaMo 25.03.2021	Bushaltestellen Papierkörbe
<b>Antwort Herr Roling</b>			
Herr Jansen erklärt, dass ihm an Bushaltestellen aufgefallen sei, dass an den Mülleimern keine Aschenbecher für Zigaretten angebracht seien. Er regt an, dies nachzurüsten und in einem Zug mit zu erledigen.			
<b>Antwort Herr Roling</b>			
Defekte Papierkörbe können im Rahmen der Förderung mit ausgetauscht werden. Die Standards werden mit der VSR abgestimmt.			
7.	TOP 2.1	Herr Beckmann	Parken am Haselweg

<b>ÖS</b>	<b>BaMo 25.03.2021</b>
<b>Antwort Herr Elbers</b>	
<p>Herr Beckmann berichtet, dass am Haselweg die Anwohner seit Jahrzehnten die Pkws mit dem Rad auf dem Gehweg parken und es in der letzten Zeit Kontrollen mit dem Verteilen sog. „Knöllchen“ gegeben habe. Seitens der Ordnungsbehörde sei den Anwohnern gesagt worden, dass sie benötigten Parkraum auf dem eigenen Grundstück einrichten sollen. Hierzu berichtet Herr Beckmann von der Stadt Münster, dass es dort eine sog. Duldung gebe, damit Pkws mit dem Rad auf dem Bürgersteig parken können. Er bittet die Verwaltung, die Situation noch einmal aufzugreifen und zu einer Lösung im Sinne der Anwohner zu kommen.</p> <p>Herr Elbers nimmt die Anregung zur Kenntnis und erklärt, dass man an dieser Stelle eine Fahrbahnbreite habe, die es nicht erlaube, dort zu parken. Herr Elbers schlägt einen Ortstermin vor, an dem die Anwohner und Vertreter aus der Politik teilnehmen können.</p> <p><b>Antwort Herr Herr Elbers</b></p> <p>Am 28.04.2021 fand der Ortstermin mit der Nachbarschaft des Haselweges statt.</p> <p>Allen Beteiligten konnte nachvollziehbar vermittelt werden, dass das Parken nur durch einen Umbau der Straße ermöglicht werden kann. Dies ist aber aktuell nicht vorgesehen und auch nicht Wunsch der Anwohner.</p> <p>Es wurde darum gebeten, auf den eigenen Flächen bzw. in den Nachbarstraßen zu parken.</p>	

<b>8.</b>	<b>TOP 15</b>	<b>Herr Christian Jansen</b>	<b>Fahrradstraßen Tempo 20 km/h und Überholverbot von Radfahrern</b>
<b>ÖS</b>	<b>BaMo 06.05.2021</b>		
<b>Antwort Herr Roling</b>			
<p>Herr Jansen bittet das Tempo 20 km/h und das Überholverbot von Fahrrädern mit in die Beschlussfassung aufzunehmen.</p> <p>Frau Schauer erklärt, dass dies als Prüfauftrag mitgenommen, allerdings nicht in die Beschlussfassung mit eingearbeitet werden könne.</p> <p><b>Antwort Herr Roling</b></p> <p>Der Prüfauftrag wird mit der Straßenverkehrsbehörde im Rahmen der Offenlage abgestimmt.</p>			

<b>9.</b>	<b>TOP 15</b>	<b>Herr Schürmann</b>	<b>Kopernikusstraße/Beverger Str. Vorfahrtsregelung</b>
<b>ÖS</b>	<b>BaMo 06.05.2021</b>		
<b>Antwort Herr Roling</b>			
<p>Zum Ausbau der Kopernikusstraße sieht Herr Schürmann ein Problem im Bereich Kopernikusstraße/Beverger Straße, da dort die Vorfahrtsregelung geändert werden solle. Im Moment haben die Schüler auf der Kopernikusstraße noch Vorfahrt. Er glaube, dass es Probleme mit der Vorfahrtsregelung geben werde.</p>			

Herr Roling erklärt, dass dies eine Zwischenlösung sei, bis dann auch die Bevergerner Straße eine Fahrradstraße geworden sei. Man könne sich dies im Rahmen der Offenlage noch einmal ansehen und nehme die Anregung hierfür mit. Die weiteren Prüfaufträge werde er für die Straßenverkehrsbehörde mitnehmen.

**Antwort Herr Roling**

Hier ist der Plan zur Offenlage angepasst worden, sodass die aktuelle Vorfahrtssituation abgebildet wird.

10. TOP 15 Herr Nagelschmidt Kopernikusstraße - kreisförmige  
ÖS BaMo 06.05.2021 Insel

**Antwort Herr Roling**

Herr Nagelschmidt freut sich, dass der Einstieg in das Thema Fahrradstraßen mit der Kopernikusstraße beginne. Er regt an, mindestens eine Fahrradstraße im Jahr herzustellen und das System so zu erweitern, dass man kreuz und quer auf Fahrradstraßen durch Rheine fahren könne. Zur Kopernikusstraße weist er auf die vor dem Kopernikus-Gymnasium installierte halbkreisförmige Insel hin und bittet sie zu entfernen, da dies aus seiner Sicht eine große Gefahrenquelle sei.

**Antwort Herr Roling**

Die Anregung wird im Rahmen der Offenlage bearbeitet und abgewägt werden.

11. TOP 16 Herr Schaper Krautwald-Denkmal „Der Bote  
ÖS BaMo 06.05.2021 Veit“

**Antwort Herr Dr. Vennekötter**

Herr Schaper erklärt, dass das Krautwald-Denkmal „Der Bote Veit“ in die Jahre gekommen sei und dringend einer Reinigung und Aufarbeitung bedürfe.

Herr Dr. Vennekötter nimmt den Auftrag mit und werde prüfen, ob die TBR dies übernehmen können.

**Antwort Herr Dr. Vennekötter**

Nach einer Begehung durch die TBR wird der Bedarf einer Grundreinigung und Aufarbeitung durch eine externe Fachfirma nicht gesehen. Die TBR wird eine oberflächliche Reinigung in Eigenleistung zur Entfernung der vereinzelt bemoosten Flächen vornehmen.

12. TOP 16 Herr Schröder Lindenstraße/Tichelkampstraße -  
Michaelkindergarten“

**ÖS BaMo 06.05.2021**

**Antwort Herr Elbers**

Herr Schröder erklärt, dass durch die Verengung der Fahrbahn im Bereich der Lindenstraße Schwierigkeiten kommen werden, wenn die Tichelkampstraße wieder befahrbar sei. Die Parksituation in dem Bereich sei sehr prekär, wobei keine zwei Pkws hintereinander parken können. Dies werde den Verkehrsfluss massiv behindern. Weiter erklärt Herr Schröder, dass er um 09:00 Uhr im Bereich des Michaelkindergartens an der Bühnertstraße 16 geparkte Pkws gezählt habe. Er bittet, dies mit der Straßenverkehrsbehörde zu erörtern, da dort Busse fahren, die dadurch massive Schwierigkeiten haben ihre Fahrpläne einzuhalten.

**Antwort Herr Elbers**

Es hat ein Treffen mit den Herren Schröder und Kappelhoff vom Rheiner Verkehrsbetrieb Mersch vor Ort gegeben.

Man habe sich daraufhin geeinigt, beide Problematiken durch eine punktuelle Haltverbotsregelung zu entschärfen.

## **2.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde**

Herr Elbers erklärt, dass es aktuell keine neuen Informationen gebe.

Herr Dr. Konietzko weist darauf hin, dass die Bonifatiusstraße für Radfahrer jetzt gut ausgezeichnet sei, aber noch die roten Streifen fehlen. Er bittet die Rotfärbung im Sinne der Radfahrer zügig vorzunehmen, da noch die Distanz zwischen Verkehr und Fahrradfahrer fehle.

Herr Elbers erklärt, dass man erst einmal über eine Sofortmaßnahme einiges geregelt habe, weitere Maßnahmen aber über die Prioritätenliste geregelt werden müssen. Aus seiner Sicht habe man aktuell schon einiges geschafft, wobei er schon eine Verbesserung feststellen konnte.

Herr Beckmann fragt, ob es die Möglichkeit gebe, auf Radwegen, die dem sog. Wabenradwegnetz angehören, auch außerhalb von geschlossenen Ortschaften das Tempo auf 50 km/h zu belassen. Dies sei z. B. im Bereich der Dörenter Straße/Möllerhookstraße der Fall, wo der Radweg zum Kanal führt und ab dem Ortsausgangsschild 100 km/h erlaubt sei. Durch den boomenden Fahrradtourismus gebe es dort natürlich auch mehr Fahrradverkehr, wobei die Anlieger schon gebeten haben, sich die Situation dort einmal anzusehen. Herr Beckmann erklärt, dass dies sicher auch ein Problem bei anderen Wabenradwegen in Rheine sei.

Herr Elbers erklärt, dass er die Anregung mitnehmen werde und regt an, telefonisch mit ihm Kontakt aufzunehmen.

## **3. Einwohnerfragestunde**

## Bürger 1

Bürger 1 erklärt, dass die **Heinrichstraße** vor Jahren ausgebaut worden sei und die Beiträge von ihm gezahlt wurden. Anfang des Jahres habe man noch einmal ein Informationsschreiben mit dem Hinweis bekommen, dass sich die Geschoszahlberechnung in der Landesbauordnung geändert habe und sich somit auch die umlagefähigen Kosten ändern würden. Für weitere Auskünfte habe er sich an die Bauverwaltung gewandt, wo man ihm mitteilte, dass er telefonisch keine Auskunft über die Änderungen bekommen könne. Außerdem stehe der Zeitpunkt für die endgültige Abrechnung noch nicht fest. Bürger 1 erklärt, dass er diesbezüglich irritiert sei und sich die Zusammenhänge gerne erklären lassen würde, da die Straße schon vor 3 Jahren fertiggestellt wurde. Da es während der Bauphase schon etliche Schwierigkeiten mit der Baufirma gegeben habe, möchte er mehr Informationen zur Abrechnung bekommen, als nur die Standardvariante.

Frau Schauer erklärt, dass sie dies spontan nicht beantworten könne, er aber für eine direkte Kontaktaufnahme durch die Bauverwaltung seine Telefonnummer hinterlassen könne.

## Herr Dr. Blomberg – Anfrage aus der letzten Sitzung.

Herr Dr. Blomberg vermisst die Antwort im Protokoll, die Frau Schauer zugesagt hatte.

Frau Schauer erklärt, dass dies aus personellen Gründen noch nicht erfolgen konnte. Die Antwort werde ihm in Kürze zugesandt werden.

*(Das Antwortschreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

## 4. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

## 5. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt B4: Aktualisierte Planung Stadthotel (ehem. Karstadt / Hertie) Vorlage: 263/21

Herr Brauer begrüßt Herrn Achterkamp und Herrn Hofschröer. Herr Achterkamp stellt die Veränderungen des Entwurfs vor. Herr Hofschröer als Investor ergänzt die Ausführungen.

Herr Brauer dankt für die Ausführungen und gibt die Diskussion frei.

Herr Kleene erklärt, dass man sich durch die gezeigten Perspektiven bereits eine gute Vorstellung vom Erscheinungsbild und der Gestaltung, insbesondere der Neuerungen, machen könne. Ebenfalls sei das neu erstellte Nutzungskonzept vom erhöhten Anteil der Wohnnutzung, eine begrüßenswerte Veränderung für die Wohnqualität in der Rheiner Innenstadt. Aus Sicht der Mitglieder der SPD werde diese Maßnahme die Innenstadt von Rheine aufwerten, weshalb sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werden und empfehlen, die Verträge mit dem Investor schnell zu unterschreiben.

Herr Dr. Konietzko fragt, ob die Planungs-Fassaden-Nutzungsänderung in irgendeiner Form mit dem ursprünglichen Konzept noch konform gehe. Ihm gehe es um das Innenstadtklima, wobei die Vorgaben der Planung hierzu eindeutig seien. Er appelliert an Herrn Hofschröer noch weitere Möglichkeiten zur Verbesserung des Innenstadtklimas umzusetzen.

Herr Jansen regt an, auch in diesem Konzept das Thema Dachbegrünungen mit aufzunehmen, die zum einen eine einfache Maßnahme sei, um Hitze aus der Stadt zu bekommen und zum anderen einen CO<sub>2</sub>-mindernden Effekt habe. Herr Jansen möchte wissen, wie das Angebot des Betreibers diesbezüglich aussehe und in welchem Hotel-Segment sich das Hotel bewege. Weiter frage er sich, ob sich die neue Planung, die jetzt eher ein Wohnungsbau- und weniger ein Hotelbauprojekt sei, mit den Ausschreibungskriterien von damals noch vereinbaren lasse.

Herr Schomaker erklärt, dass sich die Mitglieder der UWG fragen, ob diese Vorlage aufgrund der wesentlichen funktionalen Umgestaltung nicht doch in den StUK gehöre. Weiter möchten sie wissen, ob die neue Planung und Gestaltung Auswirkungen auf festgelegte Fristen habe und ob diese noch den Ansprüchen eines 4-Sterne-Hotels entsprechen. Zur Wirtschaftlichkeitsberechnung möchte Herr Schomaker wissen, was sich zur im Vorfeld getätigten Aussage verändert habe, dass ein Hotel unter 150 Zimmern nicht wirtschaftlich betrieben werden könne. Zur Parkhaussituation möchte er anmerken, dass das Verhältnis zwischen Pkw-Stellplätzen und Wohnungen nicht ausgeglichen sei. Er frage sich, ob dies hier schon zu Ende gedacht sei oder ob es noch weiterführende Planungen zum Verhältnis Wohnungen, Hotelzimmer und Stellplätze gebe.

Herr Beckmann erklärt, dass ihm die bestehende Abgrenzung zu bestehenden Hotels in Rheine sehr gut gefalle. Weiter begrüßt er die Kombination zwischen Hotelzimmern und Appartements, wo er einen sehr hohen Bedarf, gerade auch im Bereich von Firmen, sehe. Er erklärt, dass viele Firmen Mitarbeiter, die kurzzeitig an Projekten mitarbeiten und von außerhalb kommen, unterbringen müssen. Er sehe, wie auch Herr Kleene, dass die Aufwertung des Wohnens in der Innenstadt vorangebracht werde.

Frau Schauer erklärt, dass zum Thema Wirtschaftlichkeit und Begrünung Herr Achterkamp und Herr Hofschröer noch etwas sagen könnten. Sie weist darauf hin, dass man ein sehr offenes Ausschreibungsverfahren, in Bezug auf Nutzungsarten, gehabt habe. Wichtig sei ihnen gewesen, dass im Erdgeschoss keine Wohnnutzung stattfinde, sodass sie zur Ausschreibung keine elementare Abweichung sehen könne. Es habe zwar kleinere Abweichungen gegeben, die aber zum ersten Beschluss schon entsprechend dokumentiert und abgestimmt worden seien. Was die angefragte Zuständigkeit des StUK betreffe, sei vor Jahren beschlossen worden, Maßnahmen aus dem Rahmenplan Innenstadt hier, im damaligen Bauausschuss bzw. nachfolgenden Bau- und Mobilitätsausschuss, zu beraten. Frau Schauer ergänzt, dass dies natürlich immer die Stadtentwicklung mit betreffe, sie aber finde, dass durch die Länge des Projektes, welches schon einige Zeit im Bau- und Mobilitätsausschuss angesiedelt sei, dies hier auch zu Ende geführt werden solle. Frau Schauer erklärt zur Parkplatzsituation, dass der Stellplatznachweis noch nicht vorliege. Man habe hier eine Innenstadtlage und schon im Rahmen der Stellplatzsatzung diskutiert, dass man Innenstadtlagen gesondert betrachten müsse. Zu den Themen Wirtschaftlichkeit, Zeitplanung, Begrünung und Dachbegrünung, bittet sie Herrn Achterkamp oder Herrn Hofschröer um weitere Ausführungen.

Herr Hofschröer erklärt zur Begrünung, dass es im Erdgeschoss einen großen begrünten Innenhof gebe, der auch einen Zugang für das Hotel habe. Dieser Teil werde für den Frühstücksbereich mitgenutzt werden, sodass man im Sommer auch draußen sitzen könne. Eine Etage höher werde es auf dem Dach des Fitnessbereiches eine extensive Dachbegrünung mit ein paar Solitärpflanzen geben. Das Gleiche werde dann auf der kleinen Dachterrasse stattfinden, wo es auch einen kleinen Garten geben werde. Schlussendlich könne dann auf dem Dach noch eine extensive Begrünung angebracht werden. Zur Herrenschreiberstraße erklärt er, dass man für den Bereich einen Stadtraum mit Mikroklima geplant habe. Zur Wirtschaftlichkeit ergänzt Herr Hofschröer, dass ein Hotel mit 100 Betten personaltechnisch noch gut zu Händeln sei und ihm hierzu auch der Pachtvertrag vorliege. Für die Bauzeit hoffe er, dass die Planung hier nun zu Ende sei und man als weiteren Schritt dann die Fachplaner mit einbinden könne. Er hoffe, dass man Mitte nächsten Jahres die Baugenehmigung erhalte, wobei er von einer Bauzeit von 24

Monaten ausgehe. Durch die Auslastung der Firmen und evtl. Materiallieferschwierigkeiten könne er das Ende der Baumaßnahme natürlich nicht genau festlegen, sodass er das Ende 2024 sehe. Herr Hofschröder weist darauf hin, dass er ½ Jahr an Reservezeit mit eingeplant habe.

Herr Moritzer fragt, ob auch PV-Anlagen zum Einsatz kommen werden.

Herr Hofschröder erklärt, dass die Energieversorgung noch nicht abschließend entschieden worden sei.

Herr Jansen fragt nach der Kategorie des Hotels.

Herr Hofschröder erklärt, dass es ein 3-Sterne-Plus oder 4-Sterne-Stadthotel werden soll.

### **Beschluss:**

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die aktualisierte Planung des Investors - Planungsstand 21.05.2021 - für das Stadthotel zur Kenntnis und beschließt, dass diese Grundlage der weiteren Verhandlungen und eines Verhandlungsabschlusses mit dem Investor sein soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **6. Begegnungszentrum Dorenkamp Umsetzung des 2. und 3. Bauabschnittes Vorlage: 230/21**

Frau Schauer erklärt, dass man für den 2. und 3. Bauabschnitt des Begegnungszentrums Dorenkamp vorschlagen möchte, zusätzliche Gründächer und Photovoltaikanlagen vorzusehen. Sie schlägt vor, dieses in die Planung mit aufzunehmen, wobei jetzt der letztmögliche Zeitpunkt für die Anpassung der Planung sei. Hierzu würde man auf dem Multifunktionsraum eine extensive Begrünung und Photovoltaikanlagen und auf dem kleineren Flachdachbereich, oberhalb des Gruppenraumes und der Küche, eine weitere Begrünung vorsehen. Natürlich werde dies zusätzliche Kosten verursachen, wobei man die Photovoltaikanlage zur Eigennutzung aufstellen möchte und natürlich auch Einnahmen generieren würde. Frau Schauer weist darauf hin, dass sich im Rahmen der Fachplanung eine weitere zwingend notwendige Änderung im Rahmen einer Belüftungsanlage ergeben habe. Frau Schauer stellt klar, dass sich die Mehrkosten aus der Tatsache heraus ergeben haben, dass man eine Versammlungsstätte baue. Die Geräuschbelastung, die durch die Nutzung des Tanzvereins entstehen werde, könne durch eine qualifizierte Belüftungsanlage umgangen werden, da das Öffnen der Fenster zur Belüftung des Raumes nicht notwendig sei. Insofern schlage sie vor, diese Mehrkosten mit einzuplanen und zu genehmigen.

Herr Schaper erklärt, dass die Mitglieder der SPD hiermit eine weitere Aufwertung des Begegnungszentrums sehen. Auch sei eine erweiterte Nutzungsmöglichkeit, aufgrund des Einbaus einer Lüftungsanlage, möglich. Sie sehen die Mehrkosten hierfür als vertretbar an, wobei es durch die Dachbegrünung und die Photovoltaikanlage einen Mehrwert für den Klimaschutz gebe. Wissen möchte er, welche Art der Bepflanzung vorgenommen werden soll, da sie keine Pseudobegrünung wünschen. Die Begrünung soll so angelegt werden, dass sie auch insekten-tauglich sei.

Herr Jansen erklärt, dass die Mitglieder der Fraktion die Maßnahmen mittragen werden. Auch ihnen sei eine qualifizierte Dachbegrünung wichtig. Leider konnten die Kostensteigerungen in der Vorlage nicht wirklich nachvollzogen werden, da diese in den einzelnen Bereichen verteilt gewesen seien. Er regt an, dass Kostensteigerungen in Zukunft in einer Übersicht dargestellt werden.

Herr Beckmann bittet, ein Kühlregister zur Lüftungsanlage zu prüfen, was für den Tanzsport gerade in Sommermonaten eine Wohltat sein werde. Er könne sich vorstellen, dass Mitglieder des Tanzsportvereins für einen in den Sommermonaten gekühlten Tanzsaal bereit seien, einen höheren Vereinsbeitrag zu zahlen. Zur Dachbegrünung erklärt Herr Beckmann, dass primär herausgestellt werden solle, dass man hiermit einer zunehmenden Versiegelung der Flächen entgegenwirken möchte. Ihm sei es wichtig, hierdurch zusätzliche Versickerungsflächen zu erhalten.

Frau Schauer erklärt zur Dachbegrünung, dass man dort keine großen Pflanzen anbringen könne, und ob eine Wildblumenwiese möglich sei, könne sie nicht sagen. Wenn man allerdings auf mehr Substrat zurückgreifen möchte, müsse die Statik entsprechend ausgerichtet werden. Sie weist darauf hin, dass die Dachbegrünung nicht in Richtung größerer Büsche oder Gräser gehen werde und auch keinen Dachgartencharakter haben werde. Sie werde die Lüftungsanlage mit Kühlelement kostentechnisch prüfen lassen, wobei größere kostentechnische Dimensionen noch einmal diskutiert werden müssen.

Herr Jansen erklärt, dass das Thema Dachbegrünung mehrdimensional gesehen werden müsse. Zum einen sei dies ein Thema der Schwammstadt und Kühlung der Innenstadt, aber auch ein Thema der Biodiversität. Er weist darauf hin, dass man mit vernünftig begrünten Dächern die Temperatur in der Stadt senken könne und dies dann auch ein Aufheizen begrenze. Er möchte beantragen, dass eine Dachbegrünung nicht nur mit Substrat eingeplant werde.

Frau Schauer erklärt, dass sie eine Aussage, wie weit man mit den Kosten gehen dürfe, benötige. Es müsse die Planung weiter fortgeführt werden, da man ansonsten ein Problem mit der Bauzeitenplanung und dem Tanzverein bekomme. Sie könne versprechen, dass man das Maximum mit dem Kostenrahmen herausholen werde. Wenn dies hier alles mit beantragt werde, müsse auch ein Kostenrahmen gesteckt werden.

Herr Jansen bittet Frau Schauer die zusätzlichen Kosten zu benennen, wobei er diese dann mit in den Antrag einfließen lassen werde. Er weist darauf hin, dass die jetzt angestoßenen Dinge nachhaltig und zukunftsfähig sein sollten, wobei dies in Zukunft immer mit eingeplant werden sollte.

Frau Schauer erklärt, dass sie nicht in der Lage sei, aus dem Stegreif heraus seriös die zusätzlichen Kosten zu benennen.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass es seiner Meinung nach ökologische Bauvorgaben für zukünftigen Wohnraum geben solle. Man müsse die Kosten immer ganzheitlich betrachten und nicht nur von der Investitionsseite. Aus seiner Sicht solle man generell Regelungen aus ökologischer Sicht für Bauvorhaben festlegen, um eine Einheitlichkeit in der Ausführung zu bekommen.

Frau Schauer kann nach kurzer Recherche sagen, dass eine extensive Dachbegrünung 40 – 70 Euro/qm und eine intensive Dachbegrünung 80 – 140 Euro/qm kosten könne. Dies würde bedeuten, dass die Kosten sich in etwa verdoppeln würden. Frau Schauer erklärt, dass sie nicht sagen könne, ob man hierfür die Statik verstärken müsse und was dieses dann kosten würde. Sie regt an, der Verwaltung den Auftrag zu geben, mit der geplanten Statik die Begrünung so intensiv wie möglich vorzunehmen und die Mehrkosten hierfür zu akzeptieren.

Herr Brauer erklärt, dass dies ein guter Kompromiss sei und er glaube, dass dem zugestimmt werden könne, was heißen würde, keine Änderung der Statik und eine anspruchsvolle Begründung.

Frau Schauer erklärt, dass es ihr darum gehe, dass die Mehrkosten, die entstehen, von der Politik mitgetragen werden.

Nach eingehender Diskussion fasst Herr Brauer das Gesagte zusammen.

Er erklärt, dass jetzt klar sei, dass Gründächer angelegt werden sollen und man sich nach ausgiebiger Diskussion einig sei, dass die geplante Statik beibehalten werde und eine maximal mögliche Begründung des Daches erfolgen soll. Es könne sein, dass die Dächer doppelt so teuer werden als in der Begründung der Vorlage veranschlagt. Dies sei dann die gewünschte Deckelung der Kosten. Im Nachgang lässt Herr Brauer über den unveränderten Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die folgenden Änderungen bzw. Ergänzungen der/zur bisherigen Planung:

1. Ausbildung der Flachdächer des 2. und 3. Bauabschnittes als Gründächer
2. Anlage der PV-Flächen auf dem Dach des Multifunktionsraumes
3. Ausführung der Lüftungsanlage für den 3. Bauabschnitt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **7. Straßen- und Wegekonzept - Prioritätenliste für den Ausbau von Straßen Vorlage: 273/21**

Frau Schauer erklärt, dass die Prioritätenliste für den Ausbau von Straßen aus dem Straßen- und Wegekonzept einen Ausblick auf die nächsten Jahre geben soll und auch Grundlage für die Haushaltsplanung sei.

Weiterführend erklärt Herr Roling, unter welchen Kriterien der Konzeptbaustein zusammengestellt wurde. Er weist darauf hin, dass es viele Erneuerungsmaßnahmen gebe, die auch KAG-Beiträge nach sich ziehen würden. Hierfür möchte man Fördergelder generieren und um diese zu erhalten, sei ein Konzept, mit den geplanten Maßnahmen und der Grundlage für den Ausbau, unabdingbar. Hierfür fordert der Fördergeber eine Differenzierung in Neubau, Unterhaltung, Instandhaltung etc. Herr Roling erklärt, dass man mit dieser Aufteilung schon Jahre gearbeitet habe, wobei jetzt auch noch das Unterhaltungskonzept integriert wurde. Hierzu seien alle Straßen und Wege befahren und die Ausbauzeitpunkte festgelegt worden.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man in diesem Straßen- und Wegekonzept vermehrt den Fokus auf die Unterhaltung der Straßen gelegt habe, da sie Teil der Begründung sei, dass überhaupt Straßenbaubeiträge erhoben werden dürfen. Das Konzept, welches aufgrund der Befahrung der Straßen erstellt wurde, belege ganz klar, dass man mehr Geld für die Unterhaltung der Straßen aufwenden müsse und man somit die Unterhaltungsbeträge im Haushalt angehoben habe. Auch sei es technisch gesehen wichtig, zum richtigen Zeitpunkt Unterhaltungs- und In-

standhaltungsmaßnahmen durchzuführen, damit die Straßen eine längere Lebensdauer dadurch erhalten.

Herr Tappe erklärt, dass er der Meinung sei, dass Straßen, wie die Straße Im Lau, in der Aufstellung vergessen worden seien. Er weist darauf hin, dass diese Straße auf fast 500 Meter sanierungsbedürftig und beschädigt sei und von vielen Schulkindern täglich genutzt werde. Weiter erklärt Herr Tappe, weise die Straße erhebliche Risse auf, was eine Gefahrenquelle für Stürze mit dem Fahrrad sei. Er habe gehört, dass die Eisenbahnbrücke in Rodde am Kanal im Jahr 2024 ausgetauscht und gleichzeitig das Gleisbett ca. 2 km im Vor- und Nachlauf angehoben werden solle. Diese Eisenbahnstrecke verläuft genau parallel zu der Straße Im Lau, wo später einmal ein Lärmschutzwall, aufgrund der Anhebung der Gleise, entstehen solle. Er befürchte, dass die Straße dann von schweren Baumaschinen genutzt werde, wobei er aber von einer Komplettsanierung der Straße absehe. Aber aufgrund der vorgenannten Tatsachen sehe er es als dringend an, dass wenigstens die Decke erneuert werde. Er bittet die Verwaltung dies zu prüfen, da aus seiner Sicht der Zustand der Straße eine Gefahrenquelle sei.

Herr Kleene erklärt, dass die Mitglieder der SPD dem Beschlussvorschlag zustimmen können, bittet aber, die Darstellung zu überarbeiten und etwas übersichtlicher zu gestalten. Weiter erklärt Herr Kleene, dass im März 2020 die Landesregierung per Runderlass eine Richtlinie zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen (Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge) in Kraft gesetzt habe. Hierdurch würde geregelt, dass die Anlieger bei einer Beitragspflicht nach dem KAG zu einem Teil von diesen Beträgen entlastet werden können. Herr Kleene bittet um Beispiele.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass 50 % der beitragsfähigen Kosten über die Förderung abgewickelt werden, sodass der Anlieger nur 50 % der damaligen KAG-Kosten selber zu tragen habe. Dieses werde schon rückwirkend gemacht, wobei im Moment nur Beleuchtungsmaßnahmen durchgeführt und die Kosten nachträglich erstattet werden.

Herr Jansen bittet, das ganze ökologische Konzept in Bezug auf die Sanierung von Straßen z. B. Teilentsiegelung von Flächen, damit Wasser versickern könne, noch einmal aufzuarbeiten. Auch solle das Thema „Erlebnis- und Lebensraum Straße“ bei neuen Konzepten mit berücksichtigt und in den Vordergrund gestellt werden. Herr Jansen erklärt, dass dies flankierende Themen seien, die sie zukünftig mit beantragen werden.

#### **Beschluss:**

- 1.) Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt das  
**Straßen- und Wegekonzept – Ausbau von Straßen**
- 2.) Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die  
**Prioritätenliste für den Ausbau von Straßen**  
zum „Straßen- und Wegekonzept – Ausbau von Straßen“ mit den zugehörigen Anlagen 1, 2 und 3, vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2022.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### **8. Umsetzung Radverkehrskonzept - Markierung der Radwegefurten in der Neuenkir-**

**chener Straße**  
**Vorlage: 276/21**

Herr Roling stellt die Vorlage vor und erläutert anhand von Lageplänen die rotmarkierten Radwegefurten in der Neuenkirchener Straße.

Herr Nagelschmidt weist darauf hin, dass er an der Neuenkirchener Straße gerade für Fahrradfahrer ein erhöhtes Gefährdungspotential durch Straßeneinmündungen sehe. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass er beim Erstellen der Vorlage nicht beteiligt wurde. Erst einmal habe er gedacht, dass dies nicht dem Fahrradkonzept entspreche, da dort der Ausbau der Neuenkirchener Straße mit eigenen Spuren für Fahrräder neben der Fahrbahn angegeben sei. Er gehe davon aus, dass dies zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werde. Ihm sei es wichtig, dass mit diesen Veränderungen die Sicherheit der Radfahrer verbessert werde. Um hierzu noch eine weitere Meinung zu erhalten, habe er das „büro stadVerkehr“, welches das Radverkehrskonzept aufgestellt habe, angesprochen, wobei er aber auch mit dem ADFC gesprochen habe. Für ihn seien die Ausführungen in der Vorlage nur Stückwerk, da nicht die gesamte Neuenkirchener Straße erfasst worden sei. Er weist darauf hin, dass das Büro „Stadtverkehr“ anrege, die Neuenkirchener Straße insgesamt gleichmäßig und durchgehend mit den Markierungen auszustatten. Sicher sei dies ein guter Anfang, wobei man aber im Nachgang sofort weitere Lösungen für die restlichen Straßeneinmündungen finden und umsetzen müsse. Herr Nagelschmidt weist auf die Einmündung Sprickmannstraße hin, wo es für ihn inakzeptabel sei, wenn nur eine Rotmarkierung angebracht werde. Hier bedarf es einer Verschwenkung des Radweges, um die Gefährlichkeit der Einmündung zu minimieren, da ansonsten Pkws, die von der Sprickmannstraße kommen, auf der rotmarkierten Radwegefurt halten müssen, um in die Neuenkirchener Straße einsehen zu können. Weiter verweist er auf eine Anregung vom „büro stadVerkehr“ welches anrege, die Bushaltestelle westlich der Einmündung Sprickmannstraße als Buskap auszubauen. Herr Nagelschmidt erklärt, dass ihm einige Straßen, wie z. B. die Hünenborgstraße, die Lindenstraße, die Thiebergstraße u. a. in der Vorlage fehlen. Auch diese müssen in das System mit eingefügt und in gleicher Form markiert werden. Letztendlich müsse die Vorlage aus seiner Sicht ergänzt werden, wobei man mit den dargestellten Lösungen in Bezug auf Rotmarkierungen anfangen könne, müsse aber die Einmündung Sprickmannstraße mit aufnehmen.

Herr Schaper erklärt, dass auch die Mitglieder der SPD dies als guten Anfang für das sichere Radfahren an einer sehr viel befahrenen Hauptstraße sehen, wobei die Rotfärbung der Radwegefurt als sehr sinnvoll angesehen werde. Auch ihnen sei die Einheitlichkeit wichtig, aber auch die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen wie z. B. an der Einmündung Sprickmannstraße/Neuenkirchener Straße gesehen werde. Herr Schaper ergänzt, dass, wenn Bäume aufgrund der Maßnahme weichen, auf jeden Fall eine Ersatzanpflanzung vorgenommen werden müsse.

Herr Jansen schließt sich den Vorrednern an und erklärt, dass auch ihnen ein konsequent durchgehaltenes Konzept wichtig sei. Eine Verschwenkung des Radweges sehe auch er als eine gute Maßnahme zur Entschärfung der Situation an der Einmündung der Sprickmannstraße, wobei man dadurch die Möglichkeit bekomme, beidseitig in den Straßenverlauf einzusehen. Auch ihnen sei die Ersatzanpflanzung von Bäumen sehr wichtig.

Herr Schaper erklärt, dass auch sie das Gefahrenpotential an der Einmündung Sprickmannstraße sehr deutlich sehen und dort aufgrund des ÖPNVs auch ein Gefahrenpunkt sei. Deshalb sehe er den Umbau der Bushaltestelle zu einem Buskap für notwendig an.

Herr Beckmann erklärt, dass die Mitglieder der CDU enttäuscht gewesen seien, dass Herr Nagelschmidt als Radverkehrsbeauftragter bei der Erarbeitung der Vorlage nicht involviert gewesen sei. Auch sei es ihm eine Frage der Wertschätzung, dass ein ehrenamtlich arbeitender Radverkehrsbeauftragter in das Verfahren mit eingebunden werde. Herr Beckmann fragt, ob die Vorlage um die Sprickmannstraße ergänzt werden könne oder wie viel Zeit man verliere, wenn

man die gesamte Vorlage noch einmal mit Beteiligung des Radverkehrsbeauftragten überarbeiten würde. Diese Vorlage könne dann im nächsten Bau- und Mobilitätsausschuss wieder vorgelegt werden.

Frau Schauer erklärt, dass man ca. 200 Maßnahmen im Radverkehrskonzept mit vielen Unterpunkten habe. Man könne sich natürlich jede Straße einzeln vornehmen und diese dann perfekt herstellen. Auch könne man die wichtigsten Schwachstellen an den wichtigsten Stellen zuerst beheben. Diesen Ansatz mit den wichtigsten Stellen habe man an der Neuenkirchener Straße verfolgt. Sie finde es wichtig, dass die wichtigsten Punkte als erstes gemacht werden. Die vorgeschlagenen Einmündungen erhalten eine Verbesserung in Bezug auf eine bessere Wahrnehmung. Wenn man dies dann so durchführen würde, wie Herr Nagelschmidt und das „büro stadt-Verkehr“ es vorgeschlagen habe, werde es eine viel größere Maßnahme mit einem entsprechend längeren Vorlauf geben. Wenn dies so gemacht werden solle, werde man von der Zeitplanung ganz sicher in der Septembersitzung oder auch später ankommen, da es dann auf die Abstimmung mit dem Kreis ankomme. Man werde die Maßnahmen erst ausschreiben, wenn man alle Maßnahmen zusammen habe. Zur Beteiligung von Herrn Nagelschmidt regt Frau Schauer an, dass das Thema miteinander noch einmal aufgearbeitet werde.

Herr Roling erklärt zur Einmündung Sprickmannstraße, dass man hier eine Busbucht habe, die grundsätzlich auch als Buskap ausgebaut werden könne, sodass man dann mit der Radfahrerfurt ca. 2 Meter nach vorne komme. Dies müsse aber hinsichtlich der Randbedingungen noch detaillierter ausgearbeitet werden. Da der Kreis Steinfurt Baulastträger für diese Straße sei, müsse diesbezüglich erst eine Abstimmung erfolgen, wobei es Grenzen gebe, die den Einsatz von Bushaltekaps einschränken. Diese Einschränkung habe etwas mit der Frequentierung der Straße zu tun, wobei dieser Buskap im Grenzbereich des Möglichen liegen würde. Weiter erklärt Herr Roling, dass der Umbau ca. 30.000,00 Euro kosten würde. Zum Radverkehrskonzept erklärt Herr Roling, dass die Furtmarkierungen zur Priorität I gehören, da die Kosten hierfür sehr gering seien und ein Umbau schnell erfolgen könne. Man habe im Jahr für das Radverkehrskonzept 200.000,00 Euro zur Verfügung, wobei man mit den Maßnahmen Kopernikusstraße als Radfahrstraße, Rotmarkierungen in der Elter Straße und die Rotmarkierungen der Neuenkirchener Straße das Budget verplant habe. Wenn man dies jetzt erweitert durchführen möchte, werden sich die Prioritäten definitiv verschieben.

Herr Nagelschmidt sehe schon, dass, wenn man eine neue Version der Vorlage für die Beschlussfassung benötige, sich Verzögerungen hieraus ergeben werden. Man könne aus seiner Sicht mit den Teilen der Rotmarkierung beginnen und die Stelle an der Sprickmannstraße für eine weitere Vorlage herausnehmen. Er möchte eine erweiterte Vorlage für den nächsten Bau- und Mobilitätsausschuss, damit dann die übrigen Radwegefurten zur Abstimmung vorgelegt werden. Er weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Einmündung der Sprickmannstraße in die Neuenkirchener Straße sehr gefährlich sei und es lt. Auskunft der Kreispolizeibehörde schon etliche Unfälle gegeben habe. Er möchte, dass auch die Einmündung Sprickmannstraße verkehrssicher ertüchtigt werde.

Herr Jansen gibt Herrn Nagelschmidt Recht, dass eine Rotmarkierung in diesem Fall nicht ausreichend sei. Er regt an, bezüglich der Verlegung der Bushaltestelle mit dem Kreis Steinfurt ins Gespräch zu gehen, um dann auch hierfür eine optimale Lösung zu erhalten. Er bittet, diese Vorlage noch einmal zu überarbeiten und die optimale Lösung mit einzuplanen. Weiter solle dann auch die gesamte Neuenkirchener Straße mit einem einheitlichen Konzept in Einmündungsbereichen versehen werden.

Herr Roling erklärt, dass im Radverkehrskonzept für die Neuenkirchener Straße zwei Maßnahmen vorgesehen seien. In der Priorität I die Furtmarkierungen an ausgewählten Einmündungen und als zweite Maßnahme das Aufgeben der Parkstreifen zu Gunsten eines verbreiterten Gehweges und der Einrichtung von Schutzstreifen auf der Neuenkirchener Straße. In diesem Schritt



von Veranlagungen erfolgt seien. Herr Kleene weist darauf hin, dass die Mitglieder der SPD sich schon seit Jahren für die Abschaffung der Beitragspflicht nach KAG starkmachen und es Zeit werde, dass das Land NRW diese Beitragspflicht aufhebe.

Herr Beckmann erklärt, dass auch sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werden und begrüßen, dass die Themen Ratenzahlung und Stundung mit aufgenommen worden seien.

Herr Brauer kündigt einen Verfahrensvorschlag an, dass er der Einfachheit halber nicht erst über den Antrag der Antragsteller abstimmen lassen wolle, sondern erst einmal über den Vorschlag der Verwaltung. Dieses Verfahren werde er dann auch in kommenden Sitzungen weiterführen wollen. Er fragt, ob die Mitglieder des Bau- und Mobilitätsausschusses diesem Verfahren zustimmen können. Seitens der Mitglieder gibt es keinen Widerspruch zum vorgeschlagenen Verfahren.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Bauen und Mobilität nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem nachfolgenden Verfahrensvorschlag der Verwaltung zu.

1. Die Erhebung von Beiträgen für Erschließungs- und Straßenausbaumaßnahmen wird nicht ausgesetzt.
2. Die Verwaltung wird ab sofort explizit auf die Möglichkeiten zur Stundung und Ratenzahlung im Rahmen der Erhebung von Erschließungsbeiträgen gemäß § 135 Abs. 2 BauGB und im Rahmen der Erhebung von Straßenbaubeiträgen gemäß §§ 8, 8a KAG NRW im Schriftverkehr mit den Beitragspflichtigen (Information, Anhörung, Bescheide) hinweisen.
3. Die Beitragspflichtigen werden auf Nachfrage umfassend über die Möglichkeiten der Ratenzahlung innerhalb der gesetzlichen Vorgaben beraten. Es wird eine individuelle Ratenzahlung bzw. Stundung vereinbart.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich bei  
4 Nein-Stimmen

**10.            Änderung der Straßenbaubeitragssatzung - Antrag der UWG Rheine und DIE LINKE  
vom 06.12.2020  
Vorlage: 242/21**

Frau Schauer verweist auf die Vorlage.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Bauen und Mobilität nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem nachfolgenden Verfahrensvorschlag der Verwaltung zu.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorlage für den Rat zu erstellen, um die Straßenbaubeitragssatzung dahingehend zu ändern, dass für die Fahrbahn und die Radwege an

- den Hauptverkehrsstraßen die Anliegeranteile jeweils von 30% auf 20 % und für Gehwege und Parkflächen bei Haupterschließungsstraßen von 70 % auf 60 % reduziert werden.
2. Die Verwaltung informiert die Beitragspflichtigen in einem Beteiligungsverfahren gemäß § 8 a Abs. 4 KAG NRW vor dem Beginn einer Baumaßnahme umfassend über die Art und die voraussichtlichen Kosten der geplanten Baumaßnahme. Bei geringfügigen Straßenbaumaßnahmen entscheidet der Ausschuss für Bauen und Mobilität im Rahmen der Beschlussfassung des Straßen- und Wegekonzeptes über die angemessene Information der Beitragspflichtigen.
  3. Die Verwaltung wird künftig auf die Möglichkeiten zur Stundung und Ratenzahlung gemäß §§ 8, 8 a KAG NRW im Schriftverkehr mit den Beitragspflichtigen (Information, Anhörung, Bescheide) hinweisen.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei  
1 Enthaltung

**11. Änderung der Erschließungsbeitragssatzung - Antrag der Fraktionen DIE LINKE, UWG Rheine und BfR vom 17.05.2021  
Vorlage: 277/21**

Herr Schomaker erklärt, dass die Mitglieder der UWG grundsätzlich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen können, diesen aber gerne zeitlich eingrenzen möchten. Sie möchten den geprüften Sachverhalt in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses von der Verwaltung dargestellt bekommen.

Frau Schauer kann dem zustimmen, da sie dies nach den Sommerferien eingeplant habe. Aus ihrer Sicht müsse der Beschlussvorschlag jetzt hierfür nicht geändert werden.

**Beschluss:**

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Die Linke, UWG Rheine und BfR vom 17.05.2021 auf Änderung der Beitragsbemessung für Erschließungsmaßnahmen zur Kenntnis (siehe Anlage 1) und beauftragt die Verwaltung, den Sachverhalt zu prüfen und im Rahmen einer Vorlage in einer der nächsten Sitzungen darzustellen.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Berichtswesen 2021, Stichtag 31.05.2021 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie Sonderprojekte Bahnflächen und Rahmenplan**

**Innenstadt**  
**Vorlage: 269/21**

**Beschluss:**

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie zu den Sonderprojekten Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt mit dem Stand der Daten vom 31.05.2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:                      Kenntnisnahme

**13.            Anfragen und Anregungen**

Herr **Christian Heeke** berichtet, dass es ihm um den Kreuzungsbereich **Walshagenstraße/Lingener Straße/Paulstraße** gehe. Er weist darauf hin, dass für die Lingener Straße Richtung Paulstraße und zurück eine Vorfahrtregelung gelte, diese aber ganz selten, gerade auch von Radfahrern, eingehalten werde. Herr Heeke möchte anregen und prüfen lassen, ob oberhalb der Lingener Straße (Höhe Friseursalon) ein Stoppschild angebracht werden könne, damit die Verkehrsteilnehmer gezwungen werden, anzuhalten.

Frau Schauer werde die Anregung zuständigkeitshalber an Herrn Elbers weiterleiten. Sie weist darauf hin, dass in Absprache mit Herrn Brauer entschieden worden sei, dass solche Anfragen unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen der Straßenverkehrsbehörde“ mit vorgetragen werden können. Somit könne Herr Elbers gleich eingebunden werden und könne vielleicht auch schon antworten.

Herr Nagelschmidt regt an, die Vorfahrtregelung generell abzuschaffen und den Verkehr dort anders zu regeln. Er bittet, dass der Bereich mehr kontrolliert werde.

Herr Heeke ergänzt, dass er eine Änderung der Vorfahrtsregelung dort nicht sehe und es eine Erleichterung wäre, wenn ein Stoppschild angebracht werden könne, um wenigstens einige Verkehrsteilnehmer zum Stoppen zu bewegen. Weiter regt er an, dies mehrmals im Jahr zu überprüfen.

Herr Brauer kann die Gefahrensituation bestätigen. Er regt an, dass die Verwaltung mit der Politik einen Ortstermin mache, da diese Straßen auch zur Erschließung des Ems-EKZs diene und der Hauptverkehr aus der Richtung komme. Herr Brauer weist darauf hin, dass vor vielen Jahren diese Verkehrsführung als abknickende Vorfahrt für die Erschließung des Ems-EKZs entstanden sei.

**Herr Schaper** erklärt, dass für den **Container der Fa. Scholhölter seitlich des Rathauses Fahrradstellplätze** weichen mussten. Er möchte wissen, ob es für diese Stellplätze Ersatz geben werde.

Frau Schauer erklärt, dass es hinter dem Container eine kleinere Fläche zum Fahrradabstellen geben werde. Es können nicht alle hier ersetzt werden, man habe ja bereits beschlossen, dass es im Bereich des ZOB und Borneplatz mehr Fahrradständer geben solle, wofür man einen Förderantrag gestellt habe und stündlich auf die Bewilligung warte. Danach würde man sofort aus schreiben, damit man dann über die Zeit von 1 ½ Jahren diese auch schon nutzen könne.

**Herr Moritzer** erklärt, dass die **Bürgerbeteiligung für den Bernburgplatz** am 22.06.2021 digital stattfinden werde. Er möchte wissen, ob dies noch in eine Präsenzveranstaltung geändert werden könne, damit dann auch alle Personen, die teilnehmen möchten, eine Möglichkeit haben.

Frau Schauer erklärt, dass es mit den wechselnden Inzidenzwerten schwierig sei, zu planen, dass man eine Chance auf Fördermittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro habe und einen Beschluss nach den Sommerferien benötige. Frau Schauer verstehe die Bedenken von Herrn Moritzer, man habe aber mit diesem Format der digitalen Bürgerbeteiligung gute Erfahrungen gemacht. Man verschicke Fragebögen, um auch diejenigen zu erreichen, die nicht digital angebunden seien. Weiter bestehe immer noch ein guter Kontakt zur Bürgerinitiative, die sich am Verfahren beteilige und hiermit gut zufrieden seien.

*Herr Brauer bittet Herrn Dr. Konietzko die Sitzungsleitung zu übernehmen.*

**Herr Nagelschmidt** weist auf einige Beschwerden hin, die sich auf den **Radweg an der Tichelkampstraße** beziehen. Er erklärt, dass es darum gehe, dass der rote Belag des Fahrradstreifens so rau sei, dass Radfahrer lieber auf der Straße als auf dem Radweg fahren. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gebe, dies zu ändern.

Herr Roling erklärt, dass man die Beschichtung habe prüfen lassen. Die Firma habe diese rote Beschichtung in Anlehnung an die entsprechende DIN hergestellt, da dieser Streifen auch von Pkws befahrbar sei. Herr Roling spricht aus Erfahrung, dass diese Beschichtung über die Zeit noch glatter werden würde. Er werde mit der Firma sprechen, ob es in Zukunft eine Möglichkeit gebe, den Belag nicht mehr so rau herzustellen.

**Herr Moritzer** erklärt, dass es ihm um die **Mauer des Hofes Stockmann am Salinenpark** gehe und er wissen möchte, was dort langfristig geplant sei.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man dies von der TBR aufgenommen habe. Man habe einen Kostenvoranschlag gemacht und sei im Moment in der Abstimmung, wie und ob man dies sanieren könne.

**Herr Schröder** äußert sich zum **Thema E-Roller** und erklärt, dass sie eine Rückmeldung aus Münster bekommen haben, wo es enorme Probleme für blinde und sehbehinderte Menschen bezüglich der abgestellten Roller gebe. In Münster habe sich der Beirat für Menschen mit Behinderung eingeschaltet, wobei er anregen möchte, dass sich der Beirat in Rheine dieser Thematik annehme.

Frau Schauer erklärt, dass man in der letzten Sitzung hierzu beschlossen habe, eine Vereinbarung zu entwickeln und dem Bau- und Mobilitätsausschuss wieder vorzulegen. Man werde sehen, was man diesbezüglich in die Vereinbarung mit einbauen könne. Natürlich könne man die Haltung entwickeln, dass man dann keine Vereinbarung nutzen möchte, wenn nicht genug darin geregelt werden könne. Wenn dann aber ein Unternehmen einfach eine Nutzung in Betrieb nehmen würde, habe man keine Eingriffsmöglichkeiten mehr, wie man sie mit einer Vereinbarung noch gehabt hätte. Man werde es nicht grundsätzlich verhindern können, dass es solche Betreiber hier geben werde, da der Gemeingebrauch der Straße gegeben sei.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass er mit dem Fahrradbeauftragten Herrn André Botermanns aus der holländischen Stadt Houten einen guten Kontakt habe. Er berichtet, dass Herr Botermanns angeboten habe, den Ausschuss, der für das Radfahren in Rheine zuständig sei und die Verwaltung, für eine Besichtigung in Houten und Utrecht Ende September einzuladen. Er erklärt, dass dies eine Tagesfahrt sei, die man dorthin unternehmen könne. Herr Nagelschmidt finde es gut, da man sehen könne wie zukunftssträchtig Radfahren in den Niederlanden behandelt werde. Er

bittet die Verwaltung, diese Möglichkeit zu prüfen und auch einen Termin hierfür zu ermitteln und vorzuschlagen.

Frau Schauer erklärt, dass sie mit Herrn Roling aber auch Herrn Wolters schon darüber gesprochen habe, und wenn es der Wunsch des Ausschusses sei, könne man sich kümmern. Sie regt an, ein Ziel zu suchen, welches mit der Stadt Rheine vergleichbar sei und gut zu Rheine passen würde. Grundsätzlich habe man gegen eine Exkursion nichts einzuwenden, müsse dann nur sehen, wie es mit der Coronalage sei.

*Herr Brauer übernimmt wieder den Vorsitz des Ausschusses.*

**Herr Schomaker** fragt bezüglich einer **Schneise im Bereich Kammweg/Goldbergstraße**. Er erklärt, dass dort Bäume gerodet wurden.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass nach seinem Kenntnisstand dort die Trasse für die Verlegung einer Gasleitung vorbereitet wurde.

Herr Schomaker möchte wissen, ob nach Beendigung der Arbeiten dort wieder Aufforstungsarbeiten stattfinden werden und ob es im Rahmen der Maßnahme Vorgaben für Ersatzanpflanzungen gebe.

Herr Dr. Vennekötter gehe davon aus, dass keine Aufforstung stattfinden werde, da Gasleitungen nicht überbaut werden dürfen.

Frau Schauer erklärt, dass je nach Größe der Maßnahme eine Plangenehmigung bzw. ein Planfeststellungsverfahren vorgenommen werde, welches aber nicht von der Stadt Rheine durchgeführt werde und auch nicht der Baumschutzsatzung unterliege. Hierfür werde dann wie bei einem Bauantrag oder einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz die untere Naturschutzbehörde eingeschaltet, die dann den herzustellenden Ausgleich für die Maßnahme festlege.

*Ende der Sitzung:*

*19:33 Uhr*

---

Karl-Heinz Brauer  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Mischok  
Schriftführerin